

ZEITBILD



Auftakt zum Weltklimagipfel

Die Ausgangslage der UN-Klimakonferenz in Dubai (30.11.-12.12.) ist schwierig: Kürzlich zeigte ein UN-Bericht, dass der Planet selbst bei Einhaltung aller Klimaschutzzusagen auf eine gefährliche Erwärmung um mindestens 2,5 Grad bis zum Jahr 2100 zusteuert. Der EU-Erdbeobachtungsdienst Copernicus meldete, dass heuer die Monate Juni bis Oktober die weltweit heißesten seit Beginn der Aufzeichnungen waren. Dann wäre noch der Austragungsort der Konferenz: Kritische Stimmen sehen das Gastgeberland als „Drogendealer“ der fossilen Energien, dem am globalen Entzug wenig gelegen sein dürfte. Dennoch gab sich Österreichs Umweltministerin Leonore Gewessler verhalten optimistisch, etwa punkt zu Energieeffizienz und beim schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien: „Es ist möglich, dass mehr gelingt als erwartet.“ Papst Franziskus, für den der Klimaschutz ein prioritäres Anliegen ist, wird aus gesundheitlichen Gründen nun doch nicht zur UN-Konferenz reisen. Er will sich aber nach wie vor an den Gesprächen des Weltklimagipfels beteiligen. (mt)



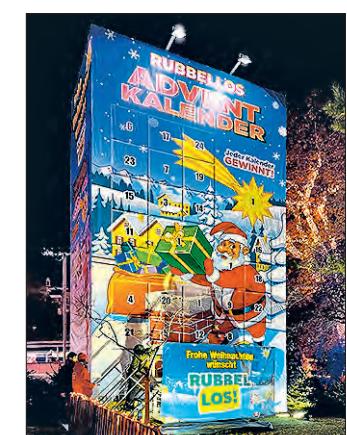
Österreichische
LOTTERIEN

Täglich gewinnen
beim Rubbellos X-large-
Adventkalender auf
dem Wiener Rathaus-
platz, Österreichische
Lotterien spenden für
den guten Zweck

Und täglich
grüßt ... der
Weihnachts-
mann

Es gibt ihn wieder – den 11 mal 5 Meter großen XL-Rubbellos-Adventkalender der Österreichischen Lotterien auf dem Rathausplatz in Wien mit der Chance, täglich Rubbellos-Pakete im Wert von 100, 150 oder 200 Euro zu gewinnen. Ab Freitag, den 1. Dezember gibt es täglich drei Verlosungs-runden für das Gewinnspiel kurz nach 18, 19 und 20 Uhr, direkt vor dem Turm am neuen Standplatz schräg gegenüber des beliebten „Herzerbaums“. Die Teilnahme am Gewinnspiel ist ab dem vollendeten 18. Lebensjahr möglich.

Die Österreichischen Lotterien spenden für jede Teilnahme-karte einen Euro an den „Hof Schwechatbach Therapieverein“, der mit einem tiergestützten Angebot vor allem beeinträchtigte Kinder, aber auch Jugendliche, Erwachsene und Senioren unterstützt.



IHRE MEINUNG

Schreiben Sie uns unter
leserbriefe@furche.at

Der gerechte Frieden ist nicht gewaltblind
Von Wolfgang Palaver
Nr. 47, Seite 11

Als ich letzte Woche in der FURCHE den Artikel von Paul-Henri Campbell über das „wehrhafte Christentum“ las, dachte ich: „Oh weh, wieder ein einseitiger Artikell!“ Darum hat es mich sehr gefreut, in der aktuellen FURCHE eine Replik darauf zu lesen! Überhaupt gefällt es mir, dass es in der FURCHE viele „PRO und CONTRA“-Beiträge gibt, die zum Nachdenken und zur Diskussion anregen.

Johannes Missoni-Paul, 1190 Wien

Zwischen Pietät und Recherche-pflicht. Von Otto Friedrich
Nr. 47, Seite 17

Ich stimme Otto Friedrich vollinhaltlich zu, besonders dem Resümee, dass Medien alles Notwendige tun müssten, was der Aufklärung von

Sachverhalten diene. Auch im aktuellen Fall um Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Die ureigenste Aufgabe von Journalistinnen und Journalisten ist es, die bedenkliche Seite der Macht auszuleuchten und den Mächtigen das Gefühl zu nehmen, sie könnten es sich immer ungestraft richten. Das ist mir wichtig zu betonen. Allerdings scheint es mir aber auch in der Verantwortung von Journalistinnen und Journalisten zu liegen, ob des Inhalts (das Audiofile) nicht die Form zu vergessen und das Zustandekommen ebenso in den Blick zu nehmen – so es sich zudem um einen Strafbestand nach §120 (2) des StGB handelt. Denn auch hier liegt offensichtlich (partei)politischer Machtmissbrauch vor. Journalistische Ethik ist angewandte Ethik. Das schließt auch ein, die Persönlichkeitsrechte eines Menschen über seinen Tod hinaus zu wahren und die illegale Entstehung dieses Tondokuments, seine Hintermänner und Auftraggeber ebenso (häufig und tiefgehend) zu thematisieren wie den prekären Inhalt. Warum hat man es nicht zur Entlastung der Person schon wesentlich früher an die Öffentlichkeit gespielt und sich so des Vorwurfs der Heuchelei entzogen? Journalismus hat in unserer Zeit unglaublich große Verantwortung. Weniger in der Be-

schaffung von Information, vielmehr für deren Einordnung und Gewichtung. Nichtsdestotrotz danke ich für diesen Kommentar, der auch zeigt, in welchem Dilemma sich verantwortliche Redaktionen befinden.

Mag. Friederike Zillner
4553 Schlierbach

Noten und Matura abschaffen?
„Lass uns streiten!“ von Brigitte Quint und Manuela Tomic
Nr. 47, Seite 10

Ich kann Frau Quint vollkommen zustimmen. Kinder brauchen keine Noten! In meiner 40-jährigen Tätigkeit als Volksschullehrerin (die letzten acht Jahre als Leiterin) habe ich fast 20 Jahre im Schulversuch ohne Noten unterrichtet. Es bedarf einiger Gespräche mit den Eltern, um sie von der Sinnhaftigkeit des Lernens ohne Noten zu überzeugen. Das Wichtigste ist, die natürliche Neugier der Kinder zu bewahren. Das ist mir mit einem handlungsorientierten Unterricht immer sehr gut gelungen. Die Kinder gingen gerne in die Schule, die Eltern waren nach anfänglicher Skepsis beruhigt, als sie die guten Lernerfolge der Kinder sahen. Also weg mit den Noten! Nur so bleibt Lernen positiv besetzt!

Elfriede Becher, Linz

Ein Greis büxt aus

Von Otto Friedrich

Nr. 47, Seite 17

Endlich ein Beitrag, der sicher nicht nur mein Herz höher schlagen lässt! Wir Alten – euphemistisch Seniorinnen und Senioren genannt – werden leicht als nicht mehr dazugehörend abgestempelt, wenn wir nicht mehr mit Smartphone, PC und KI umgehen können oder wollen. Nein, wir behaupten keineswegs, dass früher alles besser war! Was jedoch eindeutig schlechter geworden ist: der Umgang mit Werten wie Ehrlichkeit, Anstand, Verantwortungsgefühl, Vertrauen. Und diese alle einschließend Liebe (nicht zu verwechseln mit Sex). Im Großen der Politik wie im Kleinen des täglichen Umgangs miteinander. Danke für die Empfehlung des Films „In voller Blüte“! Ein Muss – nicht nur für meine Generation, sondern für alle noch menschlich Denkenden und Fühlenden.

Dr. Helge Juliana Juen
Imst

In dieser Ausgabe der
FURCHE finden Sie bezahlte
Zahlscheinbeilagen der
Concordia Sozialprojekte.

KOMPASS IN KÜRZE

GESELLSCHAFT

■ 50 Jahre Fristenregelung

Am 28. November 1973 stellte der österreichische Nationalrat den Schwangerschaftsabbruch unter bestimmten Umständen in den ersten drei Monaten straffrei. Am 1. Jänner 1975 trat das Gesetz in Kraft. Anlässlich des 50. Jahrestags haben Österreichs Bischöfe die Frage betont, „wie wir Frauen in einer Konfliktschwangerschaft effektiv beistehen können“. Die damals beschlossenen „flankierenden Maßnahmen“ seien bis heute nicht umgesetzt, es fehle auch Begleitforschung. SPÖ, Grüne und die Plattform „ProChoice“ fordern indes eine „Entkriminalisierung“, also eine Streichung des Paragraph 96 aus dem Strafgesetzbuch.

RELIGION

■ Ordenstag 2023

Zu zuversichtlichem Blick in die Zukunft hat Ex-Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) die Ordensleute in Österreich ermutigt. „Die gute Zukunft müssen wir uns vorstellen, damit wir an sie glauben können, und nur dann können wir wirksam werden“, so Anschober beim jährlichen Ordenstag in Wien-Lainz. Und Martha Zechmeister, in El Salvador wirkende Ordensfrau und Theologin (vgl. FURCHE 47), sagte bei dieser Veranstaltung, Ordensleute seien nicht der Kirche schuldig, „brave Töchter und Söhne“ zu sein, „sondern vielmehr prophetisch an den jesu-nischen Ursprung zu erinnern“, sie plädiert für eine „Zivilisation der Armut“.

RELIGION

■ „Unbrüderliches Verhalten“

Zwischen den Bischofskonferenzen Deutschlands und Polens herrscht dicke Luft: Die Warschauer Zeitung *Rzecznopolska* veröffentlichte einen Brief des deutschen Bischofskonferenz-Vorsitzenden Georg Bätzing an seinen polnischen Kollegen Stanislaw Gadecki, in dem er diesem „unbrüderliches Verhalten“ vorwirft: Gadecki habe im Oktober in den gemeinsamen Gesprächen während der Weltsynode mit keinem Wort erwähnt, dass er Franziskus einen Brief zum deutschen Synodalen Weg geschrieben hatte. Statt für Dialog habe sich Gadecki dafür entschieden, gegenüber dem Papst „falsche“ Behauptungen über den Synodalen Weg aufzustellen, so Bätzing.

GESELLSCHAFT

■ Lückenhaft versorgte Kinder

Wie gut Kinder und Jugendliche in Österreich medizinisch versorgt sind, hängt vom Wohnort und nicht vom Bedarf ab. Das geht aus dem aktuellen Bericht zur Lage der Kinder- und Jugendgesundheit der Kinderliga hervor. Vor allem im psychosozialen Bereich herrscht demnach Unterversorgung durch lückenhafte Versorgungsstrukturen in ländlichen Gebieten und fehlende Kostenübernahme durch die Krankenkassen. Die Kinderliga will mit einer „Versorgungslandkarte“ den Aufholbedarf zielgerichtet aufzeigen. Zudem fordert Präsident Christoph Hackspiel erneut ein Kinderministerium sowie eine Kindermilliarde.